

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

GSoA GSOA-ZITIG NR. 192

NOVEMBER 2022

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Das F-35-Fiasko

Von der Lancierung bis zum Ende der Stop F-35-Initiative verging gerade mal ein Jahr – und doch ist bei dieser Initiative mehrere Male auf traurige Art und Weise Geschichte geschrieben worden. SEITE 3



Doppelte Aufrüstung

Die gleichen Kreise, die Beihilfe zur Aufrüstung Putins leisteten, nützen nun deren Folgen aus, um die Schweiz aufzurüsten. SEITE 4

Energieschleuder Armee

Der Bundesrat hat eine Kampagne mit dem Titel «Energie ist knapp. Verschwenden wir sie nicht» gestartet. Gleichzeitig wird jedoch das Armeebudget auf rund 7 Milliarden im Jahr erhöht – ein Widerspruch sondergleichen. SEITE 8

KEINE PSEUDO-VOLKSABSTIMMUNG



Trauerfeier beim Rückzug der Stop F-35-Initiative

Foto: GSoA

Liebe Leser*innen

Vor einigen Wochen nun schon hat Viola Amherd entgegen ihrem Versprechen im Februar, unsere Initiative zum F-35 abzuwarten, die Kaufverträge unterschrieben. In der Folge haben wir schweren Herzens unsere Initiative zurückgezogen, da wir für eine Pseudo-Abstimmung keine Hand bieten wollen. Eine Abstimmung mit unterschriebenen Kaufverträgen würde einzig und allein der Verteidigungsministerin zudienen, den undemokratischen Beschaffungsbeschluss durchs Volk zu legitimieren. Auf Seite 3 schauen wir gemeinsam zurück auf die turbulente Sammelphase, die zahlreichen demokratiepolitisch skandalösen Fauxpas seitens VBS, das wertvolle Engagement zahlreicher Freiwilliger und schliesslich auf unsere Entscheidung, die Initiative zurückzuziehen.

Wir widmen uns in dieser Ausgabe ausserdem erneut dem Angriffskrieg auf die Ukraine. Dabei beleuchten wir unterschiedliche Aspekte: Wir erzählen von Frauen-Friedensplattformen in der Ukraine und in Russland, gehen den Finanzflüssen, die Putins Armee finanzieren auf die Spur und diskutieren die Reaktion der westlichen Linken auf den Krieg.

Des Weiteren verfolgen wir schon seit einiger Zeit den Service Citoyen, die Initiative, die den Militärdienst zu einem Zivildienst für alle Geschlechter ausweiten möchte, und gegen die wir an der letzten Vollversammlung eine Resolution verabschiedet haben. Wir geben ein Update zum Stand der Dinge und erläutern nochmals, weshalb diese Initiative nicht zu unterstützen ist.

Auf der letzten Seite beleuchten wir den massiven Energieverschleiss der Armee – ein Sektor, der in der aktuellen Debatte zur drohenden Energiekrise fälschlicherweise kaum zur Sprache kommt.

Wir wünschen eine gute Lektüre

Anna Lindermeier
und das gesamte Redaktionsteam.

Impressum

Redaktion: Anna Lindermeier, Anja Gada, Andreas Weibel, David Raccaud, Fabio Briante, Josef Lang, Jonas Heeb, Jonas Kampus, Lukas Bürgi, Martin Papan, Maxime Weissbaum, Oger, Pauline Schneider, Vanessa Bieri

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

RÜCKBLICK

Unterschriftensammlung Stop-F-35: schneller als ein Kampfjet!

350. So viele Tage sind zwischen der Lancierung unserer Initiative und deren Einreichung bei der Bundeskanzlei verstrichen. Das undemokratische Handeln von Bundesrätin Viola Amherd und des bürgerlichen Parlaments haben uns zwar gezwungen, die Initiative zurückzuziehen. Doch deren Geschichte und Erfolg bleiben unglaublich. Eine kleine Retrospektive. DAVID RACCAUD

Bereits vor der Typenwahl hatte die GSoA verlauten lassen, dass wir eine Initiative lancieren würden, sollte der Bundesrat einen Tarnkappenbomber des Typs F-35 wählen. Dennoch haben das VBS und Armasuisse so gehandelt, wie es ihnen beliebt. So sahen wir uns am 31. August 2021 gezwungen, eine Initiative zu lancieren, um den Kauf dieser horrend teuren, ungeeigneten und unsicheren Jets zu verhindern. Unser Ziel war klar: Wir wollten, dass eine echte demokratische Debatte innerhalb der Bevölkerung zu diesem Thema geführt wird.

Nach einer Pressekonferenz in Bern begann die Unterschriftensammlung. Trotz pandemiebedingter Einschränkungen hatten wir Erfolg. Unsere Aktivist*innen waren motiviert und wir erlebten massive Unterstützung aus der Bevölkerung. Einige Monate später waren wir nicht nur überzeugt, dass wir die Initiative einreichen würden, wir stellten uns ebenfalls auf grosse Erfolgchancen ein. Anfang Februar versicherte uns Bundesrätin Viola Amherd an einer Pressekonferenz sogar, dass sie mit der Unter-

schrift der Kaufverträge warten würde, bis ein Volksentscheid vorliege. Doch das war alles vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine.

INSTRUMENTALISIERUNG DES KRIEGES

Dieses wichtige internationale Ereignis mischte die Karten neu und ermöglichte es dem Bundesrat, diesen tragischen Krieg zu instrumentalisieren, indem er die absolute Notwendigkeit betonte, die F-35 so schnell wie möglich zu kaufen. Die VBS-Vorsteherin rief uns also wiederholt auf, die Unterschriftensammlung abzubrechen und unsere Initiative angesichts der dringlichen Lage und des unabdingbaren Kaufs dieser Bomber zurückzuziehen. Diese, das muss man wiederholen, sind für den Angriff und nicht für die Verteidigung gedacht. Wir haben uns natürlich geweigert, die Initiative zurückzuziehen. Diese wiederholten Forderungen haben uns sogar einen weiteren Motivationsschub verliehen. Als die Verteidigungsministerin verstand, dass wir unsere Initiative nicht zurückziehen würden, hat sich ihr Narrativ verändert: plötzlich

mussten die Verträge bis März 2023 unterschrieben sein, obschon, wie sie es in der Herbstsession gesagt hatte, eine zusätzliche Frist hätte diskutiert werden können. Wenn wir also wollten, dass über unsere Initiative abgestimmt wird, so mussten wir diese schnellstmöglich einreichen. Das haben wir auch getan.

So reichte die Allianz gegen den F-35 350 Tage nach Lancierung der Initiative und reichlichen Skandalen 103'000 gültige Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Am Morgen der Einreichung legten wir noch die letzten von den Gemeinden für gültig erklärten Bögen in unsere passend dekorierten Boxen. Uns war zum Feiern und Danken zu Mute, denn es handelte sich bei dieser Initiative um eine unglaubliche kollektive Leistung. **An dieser Stelle tausend Dank dafür.**

Schlussendlich wurden die Verträge doch unterschrieben. Deshalb werden wir unsere Initiative zurückziehen. Doch nur dank unserer Aktivist*innen haben wir es geschafft, mehr als 120'000 Unterschriften in nur 350 Tagen zu sammeln. Trotz Pandemie, schlechtem Wetter und Angriffen von rechts haben wir durchschnittlich 315 Unterschriften pro Tag gesammelt. Dieses Resultat verdanken wir euch und wir versprechen euch, dass der Kampf gegen die Armee und für den Frieden niemals enden wird. Danke.

REGRUS

Regionale Veranstaltungen in der Romandie

Im Herbst 2022 fanden in der Romandie zwei Veranstaltungen der GSoA statt. Nach der Pandemie und der Stop-F-35-Initiative war es an der Zeit, zusammenzukommen und verschiedene Themen zu diskutieren. So organisierten wir Anfang September eine Podiumsdiskussion in Neuenburg zur Abschaffung von Atomwaffen und einen Monat später eine Konferenz in Lausanne zum Schweizer Rohstoffhandel. MAXIME WEISSBAUM

In Neuchâtel hatten wir das Vergnügen, zwei Redner*innen zu begrüßen, die sich mit der immensen Herausforderung von Atomwaffen beschäftigen. Annette Willi, Mitbegründerin von ICAN Switzerland (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons), sprach unter anderem über den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW). Dieser wurde bis heute von 66 Staaten ratifiziert, darunter besitzt keiner Atomwaffen. Diese Zahl ist dennoch ermutigend, denn die durch den Vertrag geschaffene Norm wirkt sich auf die Nichtunterzeichnerstaaten aus, indem sie diese stigmatisiert. Die ICAN-Vertreterin schloss ihren Vortrag mit den übergeordneten Zielen ihrer Organisation ab, darunter die Stärkung der Verbotsnorm, die Sicherstellung der Umsetzung des Vertrags und die Unterstützung von Advocacy-Arbeit durch Drittorganisationen.

Der Abend wurde mit einer Präsentation von Fabien Fivaz, Nationalrat der Grünen und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission,

über die Herausforderungen der nuklearen Sicherheit in der Schweiz fortgesetzt. Der Neuenburger legte den Schwerpunkt auch auf den TPNW, indem er die Gründe für die Nichtunterzeichnung des Vertrags durch die Schweiz ausführte. Zur Erinnerung: Das Parlament hatte im Jahr 2018 für eine schnelle Unterzeichnung durch den Bundesrat gestimmt! Dennoch ist für Fabien Fivaz nicht alles verloren: Die letzten Gespräche über den Atomwaffensperrvertrag (NVV), der übrigens nie zu einer Denuklearisierung geführt hat, seien so schlecht verlaufen, dass dies dem TPNW zugute kommen könnte.

Vier Wochen später trafen wir uns in Lausanne zu einer Konferenz über den Schweizer Rohstoffhandel, die von Robert Bachmann, Finanz- und Rohstoffspezialist bei Public Eye, gehalten wurde. Herr Bachmann beleuchtete die zentrale Rolle des Schweizer Finanzplatzes im Handel mit Rohstoffen, insbesondere mit fossilen Brennstoffen, von denen 25% des weltweiten Handels über die Schweiz abgewickelt

wird! Rohstoffhändler wählten den Standort Schweiz, allen voran Genf und Zug, aufgrund der Steuervorteile, der schwachen Regulierung und der wirtschaftsfreundlichen Neutralitätspolitik.

Wenn man bedenkt, dass die Öl- und Gasexporte im Jahr 2021 36% des russischen Staatshaushalts ausmachten, kann man ohne Umschweife sagen: Die Schweiz trägt eine enorme Verantwortung für die Finanzierung von Putins Krieg! Die GSoA prangert dieses Geschäft deshalb mit aller Entschiedenheit an: Die Schweiz muss zwingend aufhören, sich an russischen fossilen Energien zu bereichern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese beiden Anlässe reich an Diskussionen waren, sowohl während der Präsentationen als auch bei den anschliessenden Apéros.

Als GSoA-Mitglied können Sie uns gerne Vorschläge unterbreiten, damit solche Veranstaltungen auch in Ihrer Region organisiert werden!

Die vollständige Version dieses Artikels mit weiteren Informationen zu den behandelten Themen finden Sie auf unserer Website:

<https://www.gsoa.ch/evenements-regionaux-en-romandie/>

KAMPFJETS

Das F-35-Fiasko

Die Kampffjetbefürworter*innen sind mit dem Versprechen angetreten, dass die geplante Kampffjet-Beschaffung transparent und nachvollziehbar ablaufen würde. Dass dieses Versprechen nicht eingehalten werden konnte, überrascht nicht. Wie Kampffjetbefürworter*innen auf Kritik am Beschaffungsprozess reagieren, ist hingegen sehr überraschend. JONAS HEEB

DER ANFANG

Im August 2021 lancierten wir gemeinsam mit der SP und den Grünen die Initiative «Stop F-35». Wieso? Explodierende Kosten, über 800 Mängel, unsäglicher Lärm und Besorgnis über die Funktionsfähigkeit prägten die Erfahrungen anderer Staaten, die bereits im Besitz des F-35 waren. Doch nicht nur das, der F-35 ist ein Tarnkappenbomber, konzipiert, um in fremdem Gebiet anzugreifen. Nicht gerade das Instrument für den Schweizer Luftpolizeidienst. Selbst im Herstellerland USA wurde der F-35 von ranghohen US-Militärs als «gescheitert» bezeichnet und der US-Rechnungshof bestätigte die finanziellen und technischen Risiken.

Grund für die Initiative gab es also genug. Wie es der demokratischen Tradition in der Schweiz entspricht, versprach Bundesrätin Amherd an einer Pressekonferenz des VBS, die Volksabstimmung abzuwarten, bevor der Kaufvertrag für den F-35 unterzeichnet würde.

AMHERDS UNDEMOKRATISCHE EINMISCHUNG

Dieses Versprechen hielt gerade mal zwei Wochen. Nach Putins Angriff auf die Ukraine, schienen diverse Prinzipien des VBS über Bord geworfen. Amherd forderte uns auf, die Unterschriftensammlung abubrechen. Das war das erste Mal, dass eine Bundesrätin so aktiv in eine laufende Volksinitiative eingriff. Mit dem Krieg in der Ukraine schien es, als könnten sich die Militärs in der Politik alles erlauben. Die viel zu eilige und absolut sinnlose Erhöhung des Armeebudgets war ein weiterer Ausdruck davon. Die bürgerlichen Parteien witterten in der Situation eine Gelegenheit und missbrauchten den Krieg in der Ukraine um auf dieselbe undemokratische Weise ins gleiche Horn wie Amherd zu blasen. Schnell positionierten sie sich für den Kauf des F-35 ohne unsere Initiative abzuwarten. Dies wiederum bot dem Bundesrat den Nährboden, um diese Haltung selbst zu vertreten. Aus dem Nichts wurde die Frist des Kaufvertrags vom 31.03.2023 zum Problem und plötzlich waren wir die Verzögernden.

Dabei war von Verzögerung keine Spur. Nach weniger als einem Jahr Sammelzeit, reichten wir über 100'000 gültige Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Obwohl wir sowieso schon schnell waren, boten wir Hand, um eine Abstimmung vor dem Auslaufen des Kaufvertrages zu ermöglichen. Nach juristischen Abklärungen erstellten wir einen Zeitplan der klar aufzeigte, dass das Ermöglichen einer Abstimmung eine Frage des politischen Willens war und rechtlich absolut machbar gewesen wäre.

DAS NONPLUSULTRA DER INTRANSPARENZ UND WIDERSPRÜCHE

Schnell gab der Bundesrat bekannt, dass er eine Abstimmung vor dem Auslaufen des Kaufvertrags nicht ermöglichen wird. Gleichzeitig wurden wir als Verzögerer*innen beschimpft, weil wir das Stimmvolk über nichts anderes als das grösste Rüstungsgeschäft der Schweizer Geschichte abstimmen lassen wollen, das notabene mit zahlreichen Risiken verbunden war. Der Ständerat hatte bereits beschlossen, Amherd für die Unterzeichnung des Kaufvertrags zu bemächtigen, ohne die Initiative abzuwarten. Am-

herd begrüsst dies, da es sonst terminlich zu knapp wäre. Aber hatte sie nicht vor dem Krieg noch versprochen, die Initiative abzuwarten? Auch ohne Krieg in der Ukraine hätte eine Abstimmung nach Logik des Bundesrates erst nach dem Auslaufen des Kaufvertrags stattfinden können. Amherd hatte wohl also gar nie im Sinn eine Volksabstimmung stattfinden zu lassen.

Diese Ungereimtheiten und Widersprüche zogen sich durch das gesamte Kampffjetgeschäft durch. Es erschienen nach und nach Berichte von verschiedenen eidgenössischen Kontrollorganen, die das Risiko des F-35 bestätigten. So z.B. wurde die immer getätigte Behauptung des VBS widerlegt, dass für den F-35 Fixpreise vorhanden seien, obwohl er doch in zahlreichen Staaten viel teurer wurde. Ebenso zeigte ein anderer Bericht, wie chaotisch und unstimmtig der Bundesrat beim Entscheid des Kampffjettypen agierte. Amherd versprach zu Beginn der Evaluation ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren. Ein weiteres Versprechen, welches sie in den Sand setzte. Denn der gesamte Prozess war an In-

transparenz und Unprofessionalität innerhalb des Bundesrates kaum zu überbieten. All dies sind weitere Gründe, weshalb eine Volksabstimmung und somit unsere Initiative so wichtig und vor allem mehr als berechtigt war.

DAS ENDE DER INITIATIVE

Im Zuge der Aufrüstungshysterie spielten Fakten aber schlicht keine Rolle mehr. So stimmte auch der Nationalrat dem Antrag zu, dass der F-35 vor Auslaufen des Kaufvertrages zu beschaffen sei und reihte sich somit in die höchst skandalösen und undemokratischen Umtriebe von Bundesrat und Ständerat mit ein. Keine Woche später, liess Amherd den Vertrag unterschreiben. Es wurde keine Sekunde zu lange gewartet um der direkten Demokratie endgültig den Todesstoss zu verleihen. Zynischerweise erwähnte sie auf Nachfrage im Nationalrat, dass Verhandlungen mit den USA über eine Fristerstreckung aufgrund der demokratischen Rechte in der Schweiz sicher möglich gewesen wären. Warum sie nicht gemacht wurden, sagte sie nicht.

Es ist schlicht unfassbar, wie mit unserer Initiative umgegangen wurde. Der Moment der Vertragsunterzeichnung war effektiv ein sehr dunkler Moment für die direkte Demokratie. Schweren Herzens entschieden wir uns in der Allianz gegen den F-35 zum Rückzug der Initiative. Denn eine Abstimmung wäre nichts anderes als eine demokratische Farce. Wir wollen

dem Volk nicht vorgaukeln, dass es mitbestimmen könne, obwohl dies nicht der Fall ist. Der F-35 ist gekauft, ein Ja oder ein Nein an der Urne hätte keinen Effekt gehabt. Uns ist die Demokratie zu wichtig, als dass wir eine solche Frechheit von Abstimmung zulassen würden. Bundesrat und Parlament haben mit ihrem Verhalten der Demokratie einen erheblichen Flurschaden zugefügt. Wir werden diesen mit einer solchen Pseudoabstimmung nicht weiter vergrössern.

DER KAMPF GEHT WEITER!

Das Geschäft ist noch lange nicht zu Ende. Wir werden die Beschaffung genau beobachten und jeden einzelnen Mangel des F-35 ausschlichten. Niemand wird sagen können, die Probleme dieses Jets seien nicht absehbar gewesen. Durch unsere Initiative lagen alle Risiken auf dem Tisch.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die unsere Initiative in irgendeiner Form unterstützt haben. Es ist frustrierend, wie diese Geschichte abgelaufen ist. Jedoch war unser aller Einsatz nicht umsonst. Dank unserem Druck war der F-35 regelmässig in den Medien. Wir forcierten zwei eidgenössische Kontrollorgane zur Berichterstattung über das Geschäft des F-35. Wir haben uns in Zeiten von vorzeitigem Aufrüsten als konsequent antimilitaristische Stimme etabliert. Und genau damit werden wir weitermachen!

Foto: ©GSoA



UKRAINE

RUSSLANDS KRIEGSKASSE UND DIE SCHWEIZ

Doppelte Aufrüstung Putins und der Schweiz**Die gleichen Kreise, die Beihilfe zur Aufrüstung Putins leisteten, nützen nun deren Folgen aus, um die Schweiz aufzurüsten.** JOSEF LANG

Könnte Putin seinen Krieg, insbesondere die Soldaten, noch finanzieren, ohne die massiven Geldleistungen, die in den letzten zwei Jahrzehnten aus der Schweiz in die russische Staatskasse flossen? Könnten seine Bomber noch fliegen, ohne die Spezialmaschinen, die er aus der Schweiz erhielt zur Herstellung deren Triebwerke? Warum weichen die Medien solchen Fragen aus? Es war ausgerechnet der NZZ-Chefredaktor Eric Gujer, der am 4. März 2022 einer Antwort am nächsten kam: «Dabei steckt der Kreml seit mehr als einem Jahrzehnt jeden Rohstoff-Dollar, den er zusammenkratzen kann, in die Modernisierung seiner Armee.»

FINANZQUELLE ROHSTOFFHANDEL

Mindestens zwei Drittel des russischen Rohstoffhandels laufen über die Schweiz. Die Summe, die Putin aus unserem «neutralen» Land «zusammengekratzt» hat, beträgt Abermilliarden von Dollars oder Euros oder Franken. Der Grossteil dieser Gelder stammt aus den Öl-, Gas-, und Kohlekonzerne in Genf und Zug.

Die wichtigsten am Genfersee sind die vom russischen Oligarchen Gennadi Timtschenko mitgegründete Gunvor, die Vitol, der grösste Schweizer Multi, die von ehemaligen Kadern der Zuger Marc Rich (heute Glencore) gegründete Trafigura, die Litasco, Tochter der russischen Lukoil, und Rosneft, Eckpfeiler von Putins Staatskapitalismus. Der wichtigste Zuger Konzern für Putins Kriegskasse ist noch vor den 400 russischen Firmen, die im Handelsregister eingetragen sind, die Glencore. Der zweitgrösste Schweizer Multi ist an der russischen En+-Gruppe beteiligt, die den Aluminium-Giganten Rusal kontrolliert. Weiter besitzt er Anteile am grössten russischen Minenkonzern Norilsk Nickel, der dem Oligarchen Wladimir Potanin gehört. Zu den Konzernen, die nach Putins Überfall auf die Ukraine am Schwarzen Meer Tanker mit russischen Rohstoffen beladen liessen, gehörte auch die Glencore.

2016, als Putin wegen den Krim-Sanktionen finanziell in die Klemme geriet, trat Glencore als Retterin in der Not auf. Sie beschaffte mit

dem Staatsfond von Katar und einer italienischen Bank 11 Milliarden Dollar zum Kauf von Aktien der Putin-Gesellschaft Rosneft. Damit sanierte Putin die Staats- und damit die Kriegskasse. Ein Jahr später bedankte sich Putin, indem er dem damaligen Glencore-Chef Iwan Glasenberg den Freundschaftspreis der Russischen Föderation verlieh. Von den Genfer und Zuger Bürgerlichen, die im National- und Ständerat unter Hinweis auf Putins Krieg für die Aufrüstung der Schweiz und die zügige F-35-Beschaffung stimmten, war nie irgendeine Kritik an Gunvor, Glencore, Gazprom oder Rosneft zu vernehmen. Als sich die Zuger Alternativen im Januar 2006 von den kurz zuvor angekommenen Putin-Gesellschaften wie Nord Stream distanzieren, distanzierte sich zwei Monate später auch Gerhard Pfister – von den Alternativen.

FINANZQUELLE OLIGARCHEN

Neben den Konzernen sind auch die Oligarchen eine wichtige Finanzquelle für Putin. Wenn von den 150 bis 200 Milliarden russischen Vermögenswerten bislang weniger als 10 Milliarden sanktioniert wurden, liegt das nicht nur am mangelnden Willen. Es liegt auch an den fehlenden Informationen. 2020 haben die Bürgerlichen im National- und Ständerat einen Vorschlag von Bundesrat Ueli Maurer, auch Anwälte und Treuhänder dem Geldwäschereigesetz zu unterstellen, verworfen. So bleiben die konkreten Besitzer eines Grossteils der Oligarchen-Vermögen unbekannt. Die beiden Hauptkämpfer für die Anwaltslobby waren zwei Mitte-Abgeordnete: der Genfer Nationalrat Vincent Maître und der Oberwalliser Ständerat Beat Rieder. Die drei bürgerlichen Parteipräsidenten Marco Chiesa (SVP), Gerhard Pfister (Mitte) und Thierry Burkart (FDP) haben jeweils im Sinne der Oligarchen und damit Putins gestimmt.

Direkt im Russengeschäft steckt die SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Aus Rücksicht auf «Mitarbeiter und unser Geschäft» verbot die Chefin des Chemiekonzerns Ems im März 2022 ihren Angestellten den Gebrauch

des Wortes «Krieg» für Putins «Sonderoperation». Erlaubt war der Begriff «Konflikt». Brisant im Zusammenhang mit der SVP, die aus «Neutralitätsgründen» Sanktionen gegen Russland bekämpft, ist die Tatsache, dass sie in der massiven Beihilfe für Putins Kriegskasse kein Problem sieht.

MASCHINEN FÜR BOMBER-TRIEBWERKE

Dem Freisinn verdankt Putin zusätzlich zu den erwähnten Geldlieferungen die Triebwerke seiner Kampffjets. 2015 verbot das Seco im Zuge der Sanktionen nach Putins Krim-Annexion vom März 2014 den Export von Werkzeugmaschinen. Die Dual-Use-Güter wurden in Russland zu militärischen Zwecken verwendet. Im Rahmen eines massiven Lobbyings reichte die damalige Ständerätin Karin Keller-Sutter im Dezember eine Interpellation ein, die eine Lockerung der Ausfuhren forderte. Mitunterzeichnet wurde der Vorstoss von 22 bürgerlichen Ständesvertretern. Am 10. März 2016 gab der freisinnige Bundesrat Johann Schneider-Ammann Entwarnung: «Und es darf keine ideologischen Prüfkriterien geben. Vielmehr haben wir uns strikt an die ganz sachlichen Kriterien zu halten.» Ein Hinweis auf die damaligen Bombenabwürfe durch Putins Luftwaffe über syrische Spitäler wäre wohl als «unsachlich» taxiert worden.

Nach Putins Überfall auf die Ukraine reagierte der Bundesrat auf einer Ebene sehr langsam und auf einer anderen sehr schnell. Langsam war er beim Ergreifen von Sanktionen und provokativ säumig beim Durchsetzen derselben. Schnell war er auf der ideologisch-militärischen Ebene. So forderte die Oberwalliser Bundesrätin Viola Amherd, die noch am 16. Februar versprochen hatte, die F-35-Vertragsunterzeichnung bis zur Volksabstimmung abzuwarten, am 2. März 2022 den Abbruch der Unterschriftensammlung. Dabei hat der F-35 nach sachlichen Kriterien mit dem Ukraine-Krieg nichts zu tun. Die russische Armee erweist sich als unheimlich barbarisch, aber auch unglaublich schwach. Mit dem Ukraine-Krieg sehr wohl zu tun haben all die Geldlieferungen in Putins Kriegskasse und Dual-Use-Exporte für dessen Luftwaffe.

Putin, Glasenberg, Carlo Messino (Banca Intesa Sanpaolo) Deal Glencore, Katar Rosneft 2016.



RUSSLANDS ANGRIFFSSTAKTIK

Rücksichtslose Bombardierung und Belagerung von Städten in Syrien und Tschetschenien – wo blieb der Aufschrei?**Die Taten der russischen Armee in der Ukraine lösten wiederholt weltweite Empörung aus – die gegenwärtig in der Ukraine beobachtbare Kriegstaktik ist jedoch mitnichten neu.** FABIO BRIANTE

Um die geostrategischen Ziele ihrer Regierung durchzusetzen, gehen Russlands Streitkräfte seit jeher wenig zimperlich vor. Durch ihre gewaltige Feuerkraft werden Kultureinrichtungen und Spielplätze zu Gräbern, Nächte zum Albtraum und Tage zur Hölle. Das Vorgehen des russischen Militärs löste grosses Entsetzen aus und unser Aufschrei setzte Entscheidungsträger unter Druck, alles zu tun, um den Menschen in der Ukraine beizustehen.

Demgegenüber blieb es vergleichsweise stumm, als sich Ähnliches in Syrien oder Tschetschenien ereignete. Dabei hätten die Menschen in Aleppo oder Grosny ebenso sehr unseren Beistand verdient. Auch damals hat die russische Armee Städte eingekesselt und unter massiven Beschuss genommen. Bomben und Granaten

schlugen auf Märkten, in Schulen, Krankenhäusern und Wohngebäuden ein, trafen Menschen auf öffentlichen Plätzen und töteten gebärende Mütter auf Entbindungsstationen. Wo war der Aufschrei, als die russische Armee auch damals geächtete Waffen einsetzte, fliehende Menschen in Konvois und Camps angriff und die Bevölkerung von jeglicher Versorgung mit überlebenswichtigen Gütern abschnitt?

Schweigend billigten wir 2002 sogar, dass Putin – noch während des zweiten Tschetschenienkriegs – am Zugersee ein Friedenspreis überreicht wurde. Wir akzeptier(t)en, dass unser Finanzplatz weiterhin massiv die russische Kriegskasse füttert(e) und dass der Bundesrat auch nach 2015 den Export von Dual-Use-Gütern nach Russland durchwinkte.

Dank unserer unverminderten Kollaboration hat sich für Russland seine menschenverachtende Kriegstaktik bewährt. Somit trugen auch wir dazu bei, dass wir in der Ukraine ein wiederkehrendes Muster erkennen, das uns daran erinnern sollte, welchem Schicksal wir die Men-

schen in Syrien und Tschetschenien überlassen haben. Mariupol ermahne uns, auch in Zukunft das Ausmass und die Lautstärke unserer Empörung an dem verursachten Leid zu orientieren und unsere Entscheidungsträger*innen auch künftig in die Pflicht zu nehmen.



Trümmer in Idlib, Syrien.
© Pexels.com, Ahmed Akacha

FEMINISMUS

Frauen für den Frieden

Als GSoA-Sekretärin hatte ich vor einiger Zeit die Gelegenheit, an einem Podium der KOFF (Schweizer Plattform für Friedensförderung) zum Thema «Frauen und Frieden in der Ukraine» teilzunehmen. Eingeladen waren bewundernswerte Frauen von der Organisation «Women's Initiatives for Peace in Donbas», die ich euch, lieben Leser*innen, gerne vorstellen möchte. ANNA LINDERMEIER

FRAUEN IN DER UKRAINE ERLEIDEN VIEL GEWALT

Der Putinsche Angriffskrieg bedeutet für die Menschen in der Ukraine unsägliches Leid. Ukrainische Frauen sind davon auf besondere Weise betroffen, denn sie leiden sowohl direkt unter dem Krieg als auch unter durch Konflikte nochmals verschärfter, geschlechtsspezifischer Gewalt. Laut der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist Gewalt gegen Frauen zwischen 2014 und 2018 in der Ukraine für dreimal so viele Tote verantwortlich gewesen wie der bewaffnete Konflikt. Auch Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen finden in eroberten Gebieten laut verschiedenen Berichten massiv statt, primär durch die russische Armee. Sogar flüchtende Frauen sind vermehrt patriarchalischer Gewalt ausgesetzt, da private Aufnahmestellen in den Nachbarländern nicht immer eingehend überprüft wurden und das Risiko von Trafficking erhöht wird. Laut dem United Nations Development Program wurden eine in fünf Frauen zwischen 15 und 49 Jahren in der Ukraine Opfer von Gewalt.

Und doch wurden seit dem ersten Kriegsausbruch 2014 Frauen beim formellen Friedensprozess kaum bis gar nicht mit einbezogen. Stattdessen führten internationale Finanzinstitute strukturelle Reformen und Sparmassnahmen ein, die zunehmende Armut bewirkten. Das wiederum erhöht das Risiko für häusliche

Gewalt, von welcher vor allem Frauen und Kinder betroffen sind.

FEMINISTISCHER EINSATZ FÜR DEN FRIEDEN IN FORM VON DIALOGPLATTFORMEN

Die WIPD («Women's Initiatives for Peace in Donbas») kämpft seit 2016 gegen die militaristische Denkweise und leistet in Zusammenarbeit mit der WILPF («Women's International League for Peace and Freedom») immer wieder humanitäre Hilfe in der Ostukraine. Sie arbeitet auch mit der russischen Stiftung «Frauen vom Don» aus Nowotscherkassk zusammen und veranstaltet regelmässig Diskussionsrunden und Podien, um eine Dialogplattform zu bilden. Sie wollen die Stimme der Zivilgesellschaft der verschiedenen Konfliktparteien hörbar machen und der lokalen Bevölkerung im Donbass Möglichkeiten zur Beteiligung an einem Friedensprozess zeigen. Die WIPD bot ausserdem zusammen mit dem Niederländischen Institut für Internationale Beziehungen bereits mehrmals Kurse zu Verhandlungskompetenzen an. Lokale Initiativen wie diese sind nötig, um eine starke und gemeinschaftliche Zivilgesellschaft zu erschaffen.

Das Kriegsgeschehen seit dem 24. Februar schränkt die physischen Dialog-Veranstaltungen zurzeit natürlich ein. Doch die Aktivistinnen der WIPD und der Frauen im Don geben ihr Engagement für den Frieden nicht auf und ver-

anstalten inzwischen Online-Diskussionsrunden, besuchen Podien von Friedensstiftungen in anderen Ländern und leisten, wo möglich, humanitäre Hilfe vor Ort.

EIN WIEDERAUFBAU MUSS FEMINISTISCH SEIN

Es gilt nun, als internationale Friedensgemeinschaft den Stimmen dieser Frauen und weiterer Betroffener aus der Zivilgesellschaft in der Ostukraine Gehör zu verschaffen. Für einen nachhaltigen Wiederaufbau von einer starken und gewaltfreien Gemeinschaft ist es zentral, dass die lokale Bevölkerung und insbesondere die Frauen in den Prozess miteinbezogen werden.



Frauen am Women's March in der Ukraine in 2019. CC-BY-NC

CYBER PARTISANS

Wie ein belarussisches Hacker*innen-Kollektiv Kriegssabotage betreibt

Die aus Belarus stammende Gruppe Cyber Partisans entstand 2020 als Reaktion auf die korrupte Wiederwahl Alexander Lukashenkos. Mit dem Ziel, die gewaltvolle Repression des Polizeistaates zu stoppen und demokratische Grundrechte zu etablieren, haben die Hacker*innen in den vergangenen zwei Jahren etliche sensible Informationsdaten der Regierung geleakt. ANJA GADA

Unter anderem konnte so aufgedeckt werden, dass die Mortalitätsrate des Corona-Virus nicht, wie von offizieller Stelle behauptet, bei 2'000 Personen, sondern 14-Mal so hoch bei 32'000 Menschen lag. In Zusammenarbeit mit der ByPol, einem ebenfalls belarussischen Kollektiv, welches aus einem Netzwerk emigrierter Regierungs- und Polizeimitarbeitenden besteht, greifen die Cyber Partisans gezielt Schwachstellen der Regierung an. Laut Yuliana Shemetovets, der Sprecherin der Gruppe, könne so aufgezeigt werden, dass der Überwachungsapparat nicht unfehlbar sei – ein wichtiges Signal an Aktivist*innen, die trotz der Repression öffentlich gegen das Regime protestieren.

Durch die Invasion Putins in die Ukraine gewann der Krieg um Informationen, Daten

und dokumentierte Verbrechen eine noch grössere Bedeutung. Die enge politische Verbindung von Lukashenko mit dem Kreml sowie die über 1000 Kilometer lange Grenze zwischen Belarus und der Ukraine machen Weissrussland zu einem wichtigen logistischen Knotenpunkt für Putin. So wurde ein Teil der russischen Truppen im Vorfeld der Invasion auch in Belarus stationiert, um eine möglichst kurze Landroute nach Kiew zu ermöglichen. Die «Haktivist*innen», wie sich die Cyber Partisans auch nennen, verurteilten die Truppenverschiebungen von Beginn an deutlich.

In einem Versuch, den russischen Angriff zu verlangsamen und gleichzeitig durch einen Cyber-Angriff eine physische Auswirkung auf die Truppenverschiebungen und Transporte schwe-

rer Waffen zu bewirken, drangen die Aktivist*innen in das belarussische Zugnetz ein und sorgten so für Ausfälle und Verspätungen der Bahnverbindungen. Die russische Operation konnte nicht aufgehalten, aber wertvolle Zeit gewonnen werden. Ein ehemaliger Mitarbeiter des staatlichen Bahnunternehmens in Belarus machte klar, dass die Cyber-Attacks, kombiniert mit physischen Sabotagen an den Zugnetzwerken, den Transport militärischer Güter im März dieses Jahres für eine gesamte Woche unterbrechen konnten. Dies wiederum verschaffte der ukrainischen Armee Zeit, auf die Truppenverschiebungen zu reagieren.

Laut der Harvard-Professorin und Cyber-Spezialistin Gabriella Coleman sei die Mischform aus traditioneller Sabotage und Cyber-Attacks eine neue Form des Protests, die enormes Potential habe. Auffallend ist, dass die Partisans die belarussische Regierung nicht mit Geld erpressen wollen, sondern konkret die Auslieferung von gefangenen Oppositionellen und den Abzug russischer Truppen fordern.

Der digitale Widerstand aus der Zivilgesellschaft scheint also nicht nur symbolisch zu sein,

sondern auch effektiv einen breiteren Protest gegen die Autokraten Putin und Lukashenko hervorzurufen. Die dabei geschmiedeten Allianzen haben ein gemeinsames Ziel: Ihre nationale Souveränität und Integrität zu bewahren, demokratische Strukturen aufzubauen und den russischen Angriffskrieg zu sabotieren. Aufgrund der Anonymität und verdeckten Vorgehensweise sind diese Gruppierungen jedoch auch mit Vorsicht zu betrachten. Sowohl militärische Geheimdienste wie auch nationalistische Bewegungen haben ihre Finger im Spiel, die Lage ist unübersichtlich, viele Entscheidungen schnell getroffen. Digitale Spuren werden kaum zu vermeiden sein, vor allem, wenn sich eher unerfahrene Aktivist*innen an Cyber-Attacks beteiligen. Ein Angriff, der vom russischen Geheimdienst als NATO-konnotierte Aktion klassifiziert werden könnte, hätte weitaus grössere Auswirkungen als ein auf den Kopf gestelltes Bahnsystem. Tatsache bleibt: Der Cyber-Krieg spielt sich im Verborgenen ab, auf offenem Feld jedoch sterben Menschen täglich. Doch: Ein kleiner Fehltritt der «Haktivist*innen» – und die Auswirkungen wären fatal.

WAFFENLIEFERUNGEN AN DIE UKRAINE

Der Beginn des Putinschen Angriffskrieges gegen die Ukraine war für alle ein Schock. Einen Moment lang herrschte Betroffenheit und Solidarität, dann Wut, dass der Bundesrat so zögerlich Sanktionen ergriffen hatte. Bald wurde klar: Der grösste Hebel der Schweiz diesen Krieg zu deeskalieren, liegt dort, wo dreckige Geschäfte mit Öl, Gas und Uran abgewickelt werden. Auf dem Rohstoffhandelsplatz. In einem geschickten Ablenkungsmanöver wichen die Bürgerlichen diesen unbequemen Fragen jedoch aus. Stattdessen wurde die Forderung nach Waffenlieferungen laut und die Friedensbewegung als „gespalten“ bezeichnet. Dies, obwohl die rechtliche Situation in der Schweiz von Anfang an klar war und Waffenexporte an kriegsführende Parteien als gesetzeswidrig gelten.

Mit den folgenden Meinungsartikeln wollen wir versuchen, die unterschiedlichen Positionen zu dieser Frage innerhalb der GSoA und auch der breiteren Friedensbewegung darzustellen. Dabei ist für uns klar, dass wir uns als Friedensbewegung nicht von verängstigten Bürgerlichen spalten und ablenken lassen sollen, sondern die grossen Hebel, die die Schweiz besitzt, um zum Frieden in der Ukraine beizutragen, im Fokus behalten müssen: nämlich den Handelsplatz für russische Rohstoffe und den Finanzplatz als sicheren Hafen für Oligarchengelder.

MEINUNG

Mit Putin keinen Frieden

In den letzten Monaten hat sich die Lage in der Ukraine nochmals zugespitzt. Putins Armee verübt in der Ukraine schreckliche Gräueltaten. Als Linke und als GSoA müssen wir uns mit dem Widerstand gegen Putins Krieg solidarisieren. JONAS KAMPUS

Der Ukrainekrieg dauert nun seit dreiviertel Jahren an. Tausende Menschen liessen auf dem Schlachtfeld, im Supermarkt oder in ihrem Bett ihr Leben. Hier in Westeuropa ist eingetroffen, was wir uns geschworen haben, darf niemals geschehen: Der Ukrainekrieg gliederte sich irgendwo zwischen Waldbränden und Ertrinkenden im Mittelmeer in das Newshintergrundrauschen ein.

Mir wurde erst in diesen Wochen bewusst, welche Zäsur Putins Einfall in der Ukraine darstellt. Seit 1945 wurde kein Land von dieser Grösse auf seinem gesamten Territorium aus der Luft, vom Wasser und über Land angegriffen. Zu Beginn des Ukrainekriegs taten viele linke Gruppierungen diese Invasion noch als Stellvertreterkrieg zwischen zwei Blöcken, angeführt durch Russland bzw. die USA ab, doch die verhaltene Reaktion der NATO-Mitglieder

offenbart, dass diese Analyse zu kurz greift. Sie lässt aussen vor, dass die Ukraine bis zum 24. Februar noch Jahrzehnte von einer Eingliederung in die EU oder die NATO entfernt gewesen wäre. Diese Analyse spricht den Menschen in der Ukraine auch jegliche Autonomie und Selbstbestimmtheit über ihr Leben und ihre Interessen ab. Die osteuropäischen Staaten stellten über die letzten Jahrhunderte und insbesondere im 20. Jahrhundert sowohl für Westeuropa wie auch für Russland einen geopolitischen Puffer dar, welcher abwechselnd von der einen oder anderen Seite beherrscht wurde.

Der Widerstand der ukrainischen Bevölkerung in den letzten Monaten gegen die grösste Atommacht der Welt ist beeindruckend. Dies sage ich als überzeugtes GSoA-Mitglied. Wer seinen Pazifismus vorhält, um nicht zwischen der Aggression Putins und der ukrainischen Gegenwehr unter-

scheiden zu müssen, ist nicht für Frieden, sondern ermöglicht die widerstandslose Ausbreitung des russischen Chauvinismus. Anarchistische Veteran*innen des Spanischen Bürgerkriegs meinten, sie haben Tolstoi gelesen und deshalb zur Waffe gegen Francos Faschisten gegriffen. Madrid wurde 1936 nicht mit Sitzblockaden verteidigt und die Normandie 1944 nicht dank offenen Briefen von den Nazis befreit. Als Linke und GSoA können wir uns keine Passivität im Ukrainekrieg leisten. Zahllose ukrainische, belarussische und russische Anarchist*innen, Kommunist*innen oder Gewerkschafter*innen kämpfen in der Ukraine, nicht für die neoliberale Regierung Selenskis, sondern für die Selbstbestimmtheit der ukrainischen Bevölkerung. Der Wandel Russlands von einem autoritären zu einem offen faschistischen Staat erstickte jegliche linken, demokratischen, feministischen oder ökologischen Bestrebungen. Eine Ukraine unter Putins Herrschaft kann auf keinen Fall im Interesse friedliebender Menschen sein. Diese würde vielmehr den verbündeten Parteien in ganz Europa von der russlandfreundlichen SVP bis zu den postfaschistischen Fratelli d'Italia zusätzlichen Aufschwung verleihen.

Ob Putins Herrschaftssystem der Faschismus in neuem Gewand ist, wird sich wohl erst der-einst aus der Retroperspektive klar begründen lassen. Hört man aber den Hasstiraden russischer Fernsehkommentatoren zu, muss vom Schlimmsten ausgegangen werden. Die offene Drohung Putins und seiner Gefolgsleute mit dem Einsatz von Atombomben, die dilettantische Besetzung des Sperrgebiets um Tschernobyl, sowie der Beschuss des grössten Atomkraftwerks Europas und deren Missbrauch als Militärbasis erwecken die nukleare Bedrohung wieder zum Leben. Das Szenario einer durch Russland verursachten nuklearen Katastrophe ist erschreckend real.

Die schrecklichen Berichte über die Gräueltaten russischer Soldaten in den besetzten Gebieten lassen keinen Zweifel daran, wie wichtig die riesigen Demonstrationen in Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung waren. Statt uns in eine fehlgeleitete Deutung des Pazifismus zu retten, gilt es für uns westeuropäische Linke unsere Genoss*innen in der Ukraine, aber auch in Russland und Belarus moralisch und materiell zu unterstützen. Mit Putin wird es keinen Frieden in der Ukraine und auf der Welt geben.

MEINUNG

Wofür kämpfen wir?

«Radikaler Pazifismus führt in eine Sackgasse» titelte die WOZ am 26. Mai mit einem Zitat von Anja Gada aus einem Interview, welches die internen Debatten der GSoA zum Pazifismus im Ukrainekrieg erstmal offen darlegte. Damit wurde klar, dass die radikal pazifistische Haltung nun auch innerhalb der Linken immer umstrittener wurde. Wieso man aber auch in einem Krieg radikal pazifistisch sein darf und inwiefern linke Grundsätze eine solche Haltung stützen, soll dieser Artikel aufzeigen. VANESSA BIERI

Wieso ist man politisch aktiv? Bei mir, wie wohl bei vielen, war der Auslöser die Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation. Ich sah so viel Ungerechtigkeit, die ich nicht stehen lassen konnte und fand so den Weg in die linke Politik. Eine Politik, die für Gerechtigkeit, für Frieden und vor allem für Perspektive steht, und dafür lohnt es sich zu kämpfen. Nach dem 24. Februar zerbrach für mich dieses Bild der linken Politik und ich musste mich wieder fragen: «Wofür kämpfe ich?»

WAS WOLLEN WIR?

Linke Politik will soziale Gerechtigkeit und damit eine Gesellschaft, die für jeden Menschen gleichermaßen Platz bietet. Man spricht von Konsequenz - konsequent sozial, konsequent antikapitalistisch, konsequent klimafreundlich, konsequent für eine Perspektive mit konkreten Lösungsansätzen. Dass dies in der Umsetzung

Zeit und unzählige Zwischenschritte braucht, liegt in der Natur des demokratischen Systems. Doch wir haben ein Ziel, welches wir verfolgen. Eine Perspektive, statt nur Symptombekämpfung. Der Mensch und sein Wohlbefinden stehen an oberster Stelle und die Konsequenz daraus ist für mich der Pazifismus. Denn wenn wir im Umkehrschluss das Menschenfeindliche bekämpfen wollen, dann müssen wir uns gegen Waffen und deren Verwendung einsetzen. Was aber, wenn wir schon mitten in einem Krieg sind? Eine Frage, welche die Friedensbewegung im Februar auftrennte: man war sich nur noch im Ziel, jedoch nicht mehr im Weg dazu einig. Denn der Krieg hatte begonnen, er fühlte sich sehr nah an und man griff auf bekannte Mittel zurück: Krieg verlangt Waffen. Verständlich, wenn man die Geschichte betrachtet. Aber akzeptieren wir die Vergangenheit auch genauso in Zukunft, oder gibt es nicht auch Alternativen?

PAZIFISMUS ALS ALTERNATIVE

Der Duden definiert Pazifismus wie folgt: «Eine weltanschauliche Strömung, die jeden Krieg als Mittel der Auseinandersetzung ablehnt und den Verzicht auf Rüstung und militärische Ausbildung fordert.» Eine Strömung welche unter anderem entstand, weil man erkannte, dass der «Sieger» eines Krieges nie die Bevölkerung ist. Die Haltung einer Politik für die Menschen sollte also klar sein. Doch die erste Reaktion darauf, unschuldigen, angegriffenen Menschen direkt zu helfen, ihre Heimat zu verteidigen und ihr Leben zu schützen, war auch auf Linker Seite eine Diskussion um Waffen. Dabei geht aber die verlangte Perspektive und die Konsequenz verloren und hier setzt die Frage an: «Wofür kämpfe ich?». Für kurzfristige Symptombekämpfung oder für eine grundlegende Veränderung mit Perspektive? Und das heisst nicht nur in Friedenszeiten.

Wir haben in der Schweiz die Möglichkeit, eine radikalpazifistische Haltung einnehmen zu können und damit den Weg für den pazifistischen Frieden zu ebnen. Denn es geht nicht darum «was wäre wenn?», es geht darum «was jetzt?». Wir müssen nicht die Frage stellen, was wäre, wenn die Schweiz im Krieg stehen würde oder was, wenn wir Waffen liefern könnten? Wir müssen uns fragen, wie wir die Schweiz dazu bringen, nach dem Krieg nicht weiterzumachen wie bis-

her, sondern ernsthafte Konfliktprävention zu betreiben. Unsere Aufgabe ist jetzt ein klares Statement gegen die Aufrüstung und den Gebrauch von Waffen zu setzen. Denn ich bin überzeugt, dass es mit Waffen keinen Frieden geben kann und ich werde nicht akzeptieren, dass Waffen im Krieg die einzige Lösung sind. Viel mehr glaube ich an zivilen Widerstand, an humanitäre Hilfe und Flucht, denn Menschenleben werte ich höher als konstruierte Landesgrenzen und ein konstruiertes politisches System – das ist meine Konsequenz. Denn ein politisches System kann mit Menschen verändert werden und die Masse ist dabei unsere Stärke, doch das politische System erweckt keine Menschen vom Tod und die Geschichte vergisst die tausenden, die auf dem Schlachtfeld gestorben sind.

WOFÜR KÄMPFST DU?

Radikaler Pazifismus führt für mich daher nicht in eine Sackgasse, sondern ist die einzig konsequente Friedenspolitik, welche aus der Sackgasse hinausführt. Denn Menschen, die auf beiden Seiten in diesen Krieg gezwungen wurden, den sie nie wollten, werden vergessen gehen. Mit einer starken pazifistischen Position schaffen wir es aber vielleicht, dass es nächstes Mal anders wird und dafür kämpfe ich. Und du?

BERG-KARABACH

Ein Konflikt bleibt selten allein

Putin hat russische Truppen, die den Waffenstillstand in Armenien und Aserbaidschan gesichert haben, in die Ukraine geschickt. Dass danach der Konflikt dort wieder stärker hochschwelt ist nicht überraschend. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Russland über die Jahre entscheidend zur Verschärfung des Konflikts beigetragen hat. Aber auch die Schweiz hat an beide Konfliktparteien in jüngerer Vergangenheit militärische Güter für Millionen von Franken verkauft. LUKAS BÜRGI

Um das Gebiet um Berg-Karabach wurde schon gekämpft, bevor es Teil der Sowjetunion wurde. Die Sowjetunion hat dann den Konflikt einige Jahrzehnte lediglich unterdrückt und als die Sowjetunion zu zerbröckeln begann, eskalierte der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan sofort wieder. Nach einem sechsjährigen Krieg und Kriegsverbrechen von allen Seiten wurde ein Waffenstillstand geschlossen, der zwar immer wieder gebrochen wurde, aber

mehr oder weniger bis 2020 gehalten hat. In den 2010er-Jahren haben beide Länder massiv aufgerüstet und im grossen Stil im Ausland Waffen eingekauft, obwohl die OSZE davon abgeraten hatte, diesen Ländern Kriegsmaterial zu verkaufen. Armenien hat in dieser Zeit praktisch alle seine wichtigsten Waffensysteme aus Russland gekauft, zu reduzierten Preisen, aber auch für CHF 90'700 aus der Schweiz. Aserbaidschan hat ca. 60% seiner Waffensysteme aus Russland

gekauft, zu regulären Preisen. Aserbaidschan wurde ausserdem von Israel, Belarus, der Türkei und der Schweiz mit Waffen versorgt. Aus der Schweiz ging für total CHF 5'742'114 unter anderem Drohnenzubehör nach Aserbaidschan. SIPRI und das Peace Research Institute Frankfurt bestätigen beide, dass sie die durch diese Waffenlieferungen ermöglichte Aufrüstung für einen Faktor im erneuten Ausbruch des Krieges im Jahr 2020 halten.

Nach sechs Wochen Krieg wurde ein Waffenstillstandsabkommen von allen Parteien und von Putin unterzeichnet. Zum Ausgang sollen vor allem auch Drohnen stark beigetragen haben – teilweise wohl Swiss Made. Laut dem Waffenstillstandsabkommen sollte der Waffenstillstand von 2000 russischen Soldaten gesichert werden, die bis mindestens 2025 bleiben sollten. Der Waffenstillstand wurde vor allem dort wo keine russischen Soldaten stationiert waren wieder-

holt gebrochen, dabei kamen aber im Verhältnis zu den sechs Wochen Krieg sehr wenige Menschen um. Bereits wenige Wochen nach Beginn von Putins Angriffskrieg in der Ukraine Mitte März zog Putin Berichten zufolge 800 Soldaten aus Berg-Karabach ab und ersetzte sie bis zur Eskalation am 13. September 2022 nicht. Glücklicherweise blieb es bei einem kurzen Scharmützel von zwei Tagen, bevor die beiden Länder eine erneute Waffenruhe verkündeten. Den Preis zahlen Zivilisten und niedere Soldaten: Obwohl die zweitägigen Kampfhandlungen am 13. September nur eine Fussnote im Gesamtkonflikt darstellen, kosteten sie mehr als 150 Menschen das Leben. Bleiben wird es dabei wohl kaum.

Für Quellenverweise und Hintergrundlektüre konsultieren Sie bitte die Online-Version dieses Artikels. Die mit Abstand wichtigste Quelle waren verschiedene Artikel des Stockholm International Peace Research Institute.

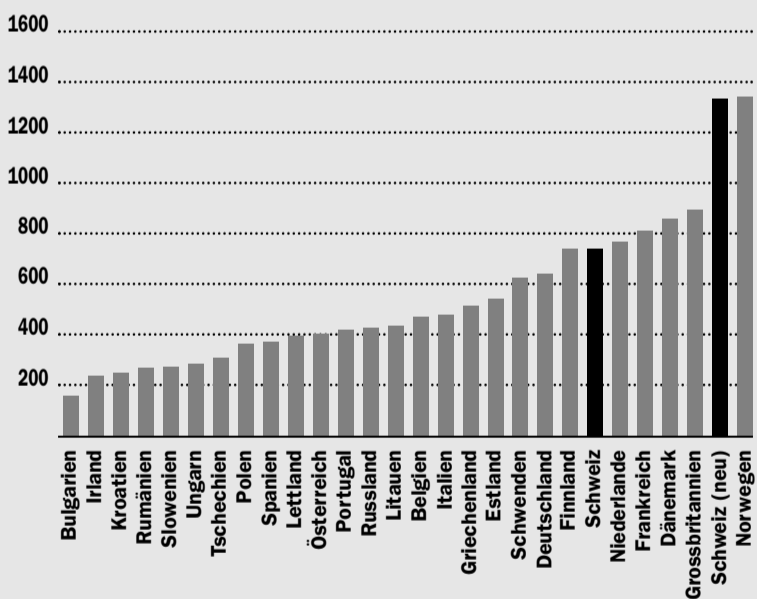
MILITÄRAUSGABEN

Aufrüstung in Zahlen

(aw) Die Bürgerlichen sind im Aufrüstungstauemel. Dabei zeigen schon einige wenige Zahlen, wie absurd die Budgetexplosion ist.

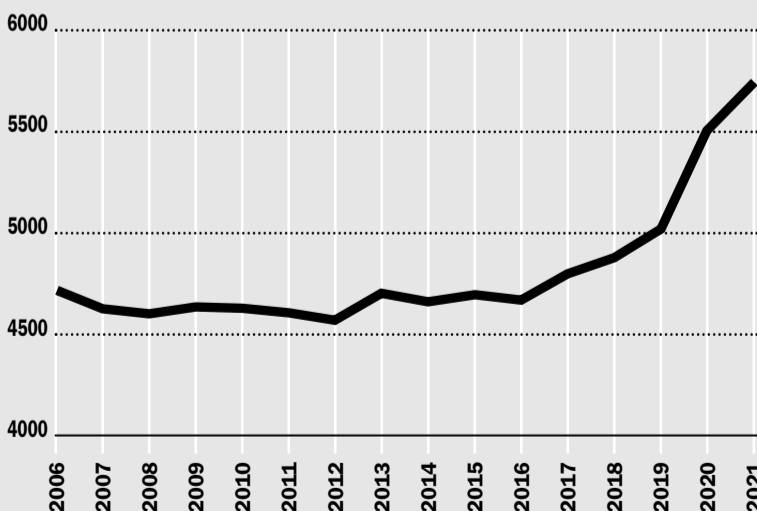
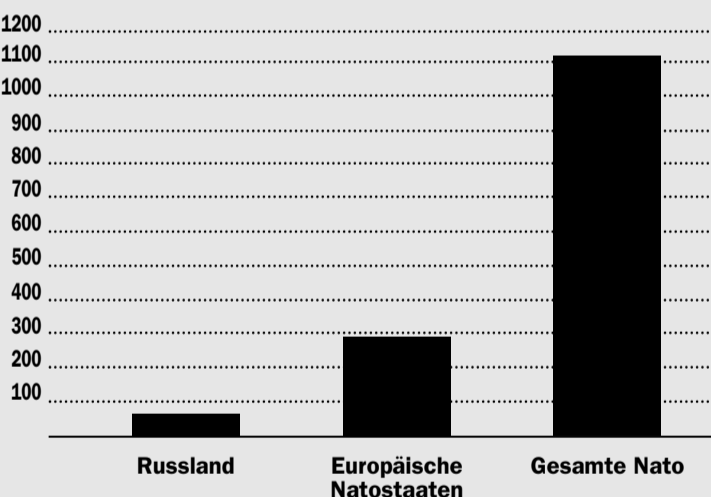
Pro-Kopf-Ausgaben für die Armee im Jahr 2020 in USD:

Kaum ein Land in Europa gibt mehr für die Armee aus wie die Schweiz. Mit den beschlossenen Budgeterhöhungen würde das noch ausgeprägter. (Quelle: SIPRI Military Expenditure Database)



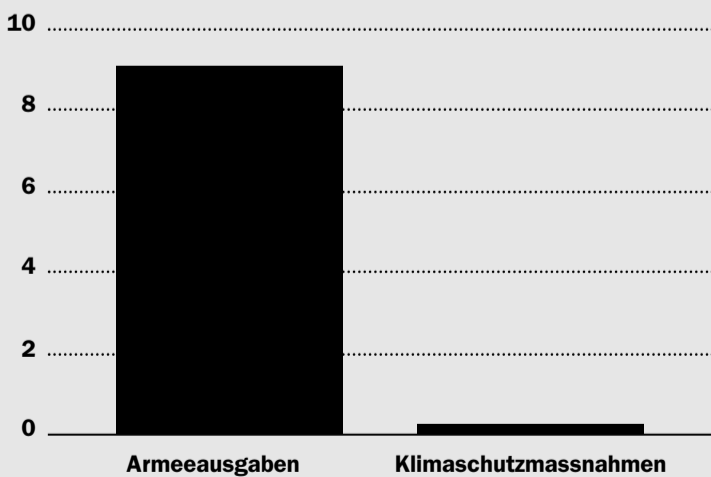
Militärausgaben 2020 in Mrd. USD:

Der Westen ist bereits jetzt den potentiellen Gegnern haushoch überlegen. (Quelle: SIPRI Military Expenditure Database)



Schweizer Armeeausgaben in Mio. CHF:

Seit Jahren wurde bei der Armee gespart? Falsch. Die Aufrüstung hat schon vor Jahren begonnen. (Quelle: SIPRI Military Expenditure Database)



Herbstsession 2022, beschlossene jährliche Ausgaben in Mrd. CHF:

Gegen Klimaschutzmassnahmen wird die SVP das Referendum ergreifen. Beim Armeebudget gibt es diese Möglichkeit nicht.

Service citoyen

(ps) Die Initiative für einen Service citoyen wurde Anfang dieses Jahres lanciert und scheint bereits Anklang gefunden zu haben im Parlament. Diese Woche dachten offensichtlich einige ParlamentarierInnen, diese Initiative sei eine gute Idee, sei es in der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats (SIK-S) oder während der Debatten im Nationalrat. Worum geht es eigentlich? Alle Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft sollen sich für die Gesellschaft einsetzen, sei dies auf militärischem Weg oder durch einen gesetzlich anerkannten Milizdienst. Natürlich ist dies viel zu vage. Parallel dazu diskutiert man über eine obligatorische Präsenz der Frauen bei den Orientierungstagen der Armee. Hierbei darf man alle Arten der «Gleichstellung» nicht vermischen. Solange diese nicht im Öffentlichen wie im Privaten gegeben ist, ist die obligatorische Teilnahme der Frauen an diesem Tag einfach eine zusätzliche Last. Denn Frauen sind bereits allgegenwärtig im Pflege- und im Sozialbereich. In einer Zeit, wo überall Aufrüstungspläne geschmiedet werden, müssen wir uns bewusst werden, dass die echten Sicherheitsfragen ganz woanders liegen, und dass sie bereits weiblich sind. Denken wir nur mal an die soziale, ökologische, Energie- und Lebensmittelsicherheit. Keiner dieser Bereiche würde durch gesetzlich anerkannte Milizdienste gestärkt, der dann noch durch ein bürgerlich geprägtes Parlament definiert würde. Wir müssen endlich aus dieser als Gleichstellung getarnten militärischen Sichtweise herauskommen.

Die Resolution der GSoA zum Thema Service Citoyen findet ihr hier: <https://www.gsoa.ch/resolution-gegen-die-ausdehnung-des-zwangsdienstes/>

DIE LETZTE

KLIMA UND ARMEE

Der ökologische Horrortrip geht weiter

Der Bundesrat hat Massnahmen beschlossen, damit die Schweiz ihre Energieversorgung für den Winter rasch stärken kann. Die Kampagne, die unter dem Titel «Energie ist knapp. Verschwenden wir sie nicht» läuft, richtet sich an Bevölkerung und Wirtschaft. Gleichzeitig wird jedoch das Armeebudget auf rund 7 Milliarden im Jahr erhöht – ein Widerspruch sondergleichen. MARTIN PARPAN

«Duschen statt baden», das «richtige Mass an Wasser kochen» oder «weniger warm waschen» sind nur einige der Spar-Empfehlungen, die der Bundesrat kommuniziert hat. Unabhängig von der Wirksamkeit solcher Empfehlungen signalisieren diese, dass Energiepolitik uns alle betrifft. Der ökologische Fussabdruck ist in Zeiten der drohenden Klimakatastrophe schliesslich absolut zentral. Würden alle Menschen auf der

Welt so leben, wie wir in der Schweiz, wären beinahe drei Erden notwendig – wir Menschen des globalen Nordens leben unglaublich egoistisch. Dies müsste auch bei den vehementesten Befürwortern der militärischen «Aufrüstungsfraktion» im Bundeshaus angekommen sein. Schliesslich heisst mehr Rüstungsgüter zu beschaffen immer auch einen traurigen Beitrag dazu zu leisten, dass sich unser ökologischer

Fussabdruck weiter vergrössert. Schon heute produziert die Armee jährlich gegen 240'000 Tonnen CO₂. Und auch in Zukunft soll sich die Armee weniger um Klimaschutz kümmern müssen als andere. So gilt das in der Bundesverwaltung definierte Ziel, den CO₂-Ausstoss bis 2030 zu halbieren, explizit nicht für das VBS. Dies deshalb, weil dies zur Folge hätte, dass die Luftwaffe weniger fliegen könnte – und das möchte die Stahlhelmfraktion nicht. Der ökologische Fussabdruck der Armee wird durch die beschlossene Beschaffung des F-35-Kampffjets sowie der massiven Erhöhung des Armeebudgets sogar noch grösser. Hitzesommer, trockene Seen und schmelzende Gletscher interessieren nicht.

Viola Amherd hat diesen Anachronismus zwar erkannt und will bei Sanierungen von VBS-Immobilien zukünftig in Richtung Minergie-Standard gehen und vermehrt auf Solarenergie setzen. Dafür wurde im Jahr 2021 extra eine Pressekonferenz abgehalten – viel PR aber keine mutigen Entscheide.

Zurück bleibt die Erkenntnis, dass die Rüstungsbefürworter*innen ihren verheerenden Beitrag zur Klimakatastrophe offensichtlich als unbedeutende Fussnote betrachten. Sie leisten damit einen überproportionalen Beitrag auf dem Weg ins Desaster. Wie wohlthuend wäre es da, wenn es die Armee gar nicht gäbe. Dies wäre dann ganz im Sinne des Slogans «Energie ist knapp. Verschwenden wir sie nicht».

Verabschiedung und Begrüssung

Der Oktober 2022 brachte ein neues Gesicht in das GSoA-Team. Wir freuen uns, **Roxane Steiger** im Sekretariat in Zürich willkommen zu heissen!

Roxane ist unter anderem Redaktorin bei der linksgerichteten Zürcher Zeitung «P.S.», wo sie in der Rubrik «Im Gespräch» Interviews führt. In ihren oft brandaktuellen Artikeln interviewt sie Persönlichkeiten, die den behandelten Themen am nächsten stehen. Darüber hinaus arbeitet sie für die NGO Campus für Demokratie, eine nationale Plattform für politische Bildung und politische Partizipation. Und das ist noch nicht alles: Roxane hat bereits eine regionale Kampagne für die Sozialdemokratische Partei geleitet und war an verschiedenen Kampagnen für den Klimastreik beteiligt, für den sie unter anderem den nationalen Newsletter betreut. Mit ihrem Erfahrungsreichtum hat unsere neue Sekretärin ihre politischen Fähigkeiten bei der GSoA bereits unter Beweis stellen und uns begeistern können!

Leider bedeutet ein Willkommensgruß oft auch einen Abschied. **Anna Lindermeier** vom Sekretariat in Zürich hat sich nämlich entschieden, ihre Stelle als Sekretärin bei der GSoA im Laufe des Herbstes zu beenden, um sich auf ihr Biologiestudium zu konzentrieren.

Anna hat über ein Jahr lang bei uns gearbeitet. Sie trug viel zu unserem Ukraine-Newsletter bei, mit dem wir den Krieg aus einer antimilitaristischen Perspektive beleuchten, und war für die Redaktion der Zeitung verantwortlich, die Sie gerade lesen. Verwaltungsaufgaben wie die Adressverwaltung machten ihr nichts aus und sie half insbesondere hinter den Kulissen bei der Organisation der Friedensdemonstrationen, während gleichzeitig für unsere Initiative gesammelt werden musste. Schweren Herzens verabschieden wir uns von Anna und wünschen ihr alles Gute für die Zukunft!

GREGOR, das glückliche Gewehr



Bestellatalon GSoA-Material

Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.–	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.–	
	T-Shirt «war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Stopp Kampffjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.–	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.–	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE	<input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.–	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set	<input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.–	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.–	
	Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:				
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.–	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80	
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende	Fr. 100.–	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende	Fr. 50.–
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.–	<input type="checkbox"/> Fr. 20.–	<input type="checkbox"/> Fr. 10.–
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop